

# Vereinigte Staaten von Europa längst überfällig

*Zur Berichterstattung über das Thema Flüchtlinge heißt es in einem Leserbrief von Torben Zahradnicky:*

Die aktuelle Flüchtlingssituation verdeutlicht, dass ein handlungsfähiges Europa dringend gebraucht wird. Die Situation verdeutlicht, dass wir ein Mehr an Europa brauchen. Doch wie könnte dieses „Mehr“ aussehen? Die EU-Kommission wollte Flüchtlinge per Quote in Europa gerechter verteilen. Dies war ein sehr sinnvoller Vorschlag. Jedoch hätten hierzu alle Mitgliedsländer mitziehen müssen, was leider nicht der Fall war.

Die einzelnen Mitgliedsländer der EU werden ohne übergeordnete Instanz hieran jedoch scheitern. Wie soll eine gerechte Verteilung entstehen, wenn niemand über einen Blick von oben verfügt? Eine europäische Regierung könnte hier Abhilfe schaffen. Dies könnte das Europa der Zukunft sein: Die Vereinigten Staaten von Europa. Die einzelnen Mitgliedsländer bekämen den Status eines Bundesstaates. Sie behielten auch ihre nationalen Regierungen. Nur würde eine europäische Regierung über den nationalen Regierungen stehen. Dies ist vergleichbar mit den Bundesländern und deren einzelnen Regierungen, die zusammen die Bundesrepublik Deutschland bilden.

Durch die deutsche Bundesregierung beziehungsweise die Bundesrepublik Deutschland sind die einzelnen Bundesländer nicht abgeschafft. Sie existieren, mit ihrer Regierung und mit ihrer Kultur. Daher kann ich vor der Angst, dass

Deutschland in den Vereinigten Staaten von Europa abgeschafft wird, nur abraten. Deutschland, die Bundesregierung und die deutsche Kultur werden nicht abgeschafft. Die anderen europäischen Regierungen und Kulturen bleiben ebenfalls erhalten. Es würde eine Einheit in der Vielfalt existieren.

Doch wie kommen wir zu diesem Mehr an Europa? Könnte es noch andere Möglichkeiten geben wie eine Vertiefung des Vereinten Europas aussehen könnte? Aktive Teilnahme der Bürger ist für eine Vertiefung und Demokratisierung des vereinten Europas von Nöten. Zu dem Gedanken, wie Demokratie in Europa besser und günstiger gestaltet werden kann, veranstaltet der EU-Kanton Rhein-Main am 18. August um 19.30 Uhr in der Alten Schule in Großauheim einen Gedankenaustausch mit interessierten Bürgern. Oft wird beklagt, dass im Rahmen der Erweiterung und Vertiefung der EU der ökonomischen Integration größere Aufmerksamkeit geschenkt wurde, als der politischen Integration.

Den europäischen Institutionen fehle sogar eine demokratische Legitimierung. Doch sind die Institutionen hier wirklich die Schuldigen? Entsteht eine Delegitimierung von Institutionen und Prozessen nicht in erster Linie durch ein allgemeines Desinteresse? Nur durch ein allgemeines Interesse ist eine Beteiligung der Bevölkerung an Prozessen möglich. Lasset uns also aus unserem Schlaf aufwachen!

Torben Zahradnicky  
Nidderau